

GR Mag. Astrid Schleicher
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 15. November 2023

Betreff: ADHS-Verdachtsfälle
Dringlicher Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Anstoß für diesen Dringlichkeitsantrag waren Gespräche mit mehreren Personen aus unterschiedlichen Gesundheitsberufen, die auf die durchaus hohe Anzahl von Ritalin Verschreibungen hinwiesen.

Ritalin ist ein Medikament mit dem Wirkstoff Methylphenidat, es wird bei der Diagnose ADHS – Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung – verschrieben. Es gibt noch weitere Medikamente mit demselben Wirkstoff, wobei scheinbar Ritalin das gängigste ist.

Bereits häufiger war das Medikament in den Medien, da es offenbar auch gerne missbräuchlich verwendet wird, beispielsweise von Studierenden zur Leistungssteigerung. In den USA hat es mit dem Namen „Hausfrauen-Koks“ traurige Bekanntheit erlangt.

In einer Diplomarbeit verfasst an der Medizinischen Universität Graz im Jahr 2017 heißt es:

Obwohl in den letzten Jahren ein drastischer Anstieg bei der Anzahl der Verschreibungen dieses Wirkstoffes verzeichnet werden konnte, ist über die genaue Wirkungsweise noch relativ wenig bekannt. Besonders im Hinblick auf die Folgen einer Langzeittherapie, sowie deren möglichen Auswirkungen auf das Gehirn, gibt es zu diesem Zeitpunkt noch sehr wenig aussagekräftige Studien. Da dieser Wirkstoff sowohl in der Therapie der ADHS, als auch missbräuchlich zur Steigerung der Leistungsfähigkeit breite Anwendung findet, sind zukünftig weitere Studien notwendig, um die noch zahlreich vorhandenen offenen Fragen zu klären.

Zur Behandlung von ADHS wird Ritalin bereits oft schon im Volksschulalter Kindern verschrieben. In Deutschland ist der Verbrauch des Medikamentes in den letzten 20 Jahren um das 50-fache gestiegen, in Österreich von 2002 – 2014 um das Zehnfache! Diese erschreckenden Zahlen, wenn gleich keine genauen aktuellen Zahlen zu finden sind, weisen doch auf ein dringliches Problem hin, das Handlungen bedarf.

Zudem ist nicht bekannt, ob die Corona-Pandemie, die besonders für Kinder und Jugendliche eine herausfordernde Zeit war, weitere Verschlechterungen hervorgerufen hat.

Da es laut Experten auch an einem ausführlichen, standardisierten Testverfahren fehlt, werden wohl auch Diagnosen tendenziell zu früh gestellt (Internetquellen zu Folge oft bereits nach 3 Terminen) und Medikamente verschrieben.

Ritalin ist alles andere als harmlos – bei längerer Einnahme kann es zu Wachstumsstörungen, gezügeltem Appetit oder Depressionen kommen. Auf Grund fehlender, konkreter Langzeitstudien sind irreversiblen Schäden am noch reifenden Gehirn der Kinder und Jugendlichen nicht ausgeschlossen.

Obwohl es diesen Wirkstoff bereits mehrere Jahrzehnte gibt, ist die Datenlage sehr gering. Eltern ist es oftmals nicht möglich, selbst mit dem Fachwissen der Ärzte, eine Entscheidung über die Gabe von Ritalin reinen Gewissens zu treffen.

Ein weiteres Faktum erschwert die Problematik. Laut Kinderärzten gibt es viel zu wenige kassenfinanzierte Therapieplätze für Psychotherapie. Es zeigen sich hier einige, sehr dringliche Probleme im Gesundheitsbereich.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gesundheitsstadtrat Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen wie beispielsweise die steirische Ärztekammer und/oder Apothekerkammer oder auch Sozialversicherungsträger heranzutreten, um aktuelle Daten zur Verabreichung des Wirkstoffs Methylphenidat zu bekommen und um einen Überblick über die Anzahl der Verschreibungen und Diagnosen von ADHS pro Jahr im Großraum Graz zu schaffen und dann im Gesundheitsausschuss darüber Bericht zu erstatten.
2. Zudem soll im Rahmen des Gesundheitsausschusses eruiert werden, warum es zu diesem drastischen Anstieg der Verschreibungen von diesem Wirkstoff gekommen ist und welche Maßnahmen die Stadt Graz zur Prävention setzen kann, um speziell Kindern und Jugendlichen, sowie deren Eltern Unterstützung anbieten zu können.
3. Gesundheitsstadtrat Krotzer wird beauftragt an die zuständigen Stellen im Land Steiermark heranzutreten und mehr kassenfinanzierte Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche in Graz zu fordern.